

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Rates der Stadt Jever

Sitzungstag: 20.08.09
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:22 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzende

Lorentzen, Margot

Stellvertretende Vorsitzende

Vredenborg, Elke

Ratsmitglieder

Albers, Jan Edo

Albers, Udo

Andersen, Klaus

Bunjes, Gertrud

Dankwardt, Angela

Friedel, Lars

Funk, Harry

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Huckfeld, Renate

Husemann, Horst-Dieter

Kaiser, Peter

Ludewig, Enno

Lüken, Gerold

Makrinus, Ilse

Matern, Hans

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert

Schwanzar, Bernhard
Sender, Alfons
Vahlenkamp, Dieter
Werber, Gerhard
Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.
Zillmer, Dirk

Verwaltung

Hagestedt, Uwe
Jones, Stephen
Mühlena, Björn
Müller, Mike
Röben, Manfred

Entschuldigt waren:

Ratsmitglieder

Janßen, Dieter

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende

Die Ratsvorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Die Ratsvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Ratsvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Rates vom 18. Juni 2009 - öffentlicher Teil -

Diese Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 6 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

- keine -

TOP 7 Bericht der Bürgermeisterin über

TOP 7.1 Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeisterin Dankwardt unterrichtet den Rat über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus dessen Sitzung Nr. 53 vom 30.06.2009, Nr. 54 vom 14.07.2009, Nr. 55 vom 11.08.2009 (siehe Anlage).

Stadtamtsrat Röben trägt den in der Anlage beigefügten Baubericht für den Berichtszeitraum vom 19. Juni 2009 bis 19. August 2009 vor.

TOP 7.2 Wichtige Angelegenheiten der Stadt

- keine -

TOP 7.3 Anträge und Beantwortung von Anfragen

Trotz des Hinweises von **Stadtoberamtsrat Müller**, dass im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes nur die fristgerecht vorgelegten Anfragen von der Bürgermeisterin beantwortet werden, führt **Herr Harms** aus, dass nach § 39 a NGO jedes Ratsmitglied des Recht habe, im Rat einen Antrag zu stellen. Zum Zweck der Eigenunterrichtung könne jedes Ratsmitglied von der Bürgermeisterin Auskünfte in allen Angelegenheiten der Gemeinde verlangen. **Er** verweist dazu auch auf § 16 der Geschäftsordnung des Rates, wonach solche Anfragen spätestens 5 Tage vor der Ratssitzung schriftlich bei der Bürgermeisterin einzureichen seien, damit diese die Anfrage in der Ratssitzung mündlich beantworten könne. **Er** erklärt, dass **er** diese Frist nicht habe einhalten können, da **er** am gestrigen Tage einen Hinweis erhalten habe, der für den Rat und auch für die Öffentlichkeit sehr interessant sei.

Stadtoberamtsrat Müller führt dazu aus, dass die Geschäftsordnung die 5-Tages-Frist für die Einreichung von Anfragen vorsehe, damit die Verwaltung die Antworten auf die Anfragen vorbereiten könne. Es liege aber in der Entscheidung des Rates, wenn man diese Anfrage zulassen wolle. Man könne dann aber keine direkte Antwort erwarten. Herr Harms hätte die Verwaltung bereits am Vormittag ansatzweise über diesen Antrag informieren können, damit diese sich hätte vorbereiten können. Letztendlich müsse aber der Rat entscheiden, ob man diesen Anfrage zulassen wolle.

Auf Anfrage **der Ratsvorsitzenden** an den Rat, ob man der Bitte von Herrn Harms nachkommen und seine Anfrage zulassen wolle, schlägt **Herr Husemann**, die Anfrage unter der Bedingung zuzulassen, dass heute keine Antwort von der Bürgermeisterin erfolge, sondern in 4 bis 5 Tagen schriftlich Herrn Harms zugeleitet und an die anderen Ratsmitglieder zur Kenntnis gegeben werde. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Harms bedankt sich und verliest sodann seine Anfrage, die dieser Niederschrift beigelegt ist. **Bürgermeisterin Dankwardt** erklärt dazu, dass **sie** die Antwort schriftlich geben werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Antwort liegt dem Protokoll bei.

TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Ratsvorsitzende unterbricht die Sitzung für die Bürgerfragestunde. Die anwesenden Bürger erhalten Gelegenheit, Fragen von allgemeinem Interesse an Rat und Verwaltung zu richten. Davon wird kein Gebrauch gemacht, so dass **die Ratsvorsitzende** die Sitzung wieder eröffnet.

TOP 9 Neubildung des Verwaltungsausschusses gemäß § 56 NGO;
1. Bekanntgabe der Sitzverteilung gemäß § 56 Abs. 3 NGO
2. Benennung der Beigeordneten , der Vertreterinnen und Vertreter der Beigeordneten gemäß § 56 NGO
3. Feststellungsbeschluss des Rates über die Sitzverteilung und Ausschussbesetzung gemäß § 56 Abs. 3 i. V. m. § 51 Abs. 5 NGO

Stadtoberamtsrat Müller verliest die Schreiben der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 03.08.2009, mit denen jeweils der Wechsel von Herrn Lars Friedel von der SPD- in die CDU-Fraktion mitgeteilt wird. Dieses führe zu anderen Stärkeverhältnissen, da die CDU-Fraktion einen weiteren Sitz im VA erhalte, während die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Sitz verliere.

1. Bekanntgabe der Sitzverteilung gemäß § 56 Abs. 3 NGO

Stadtoberamtsrat Müller gibt dann die neue Sitzverteilung des Verwaltungsausschusses bekannt:

CDU-Fraktion	= 3 Sitze
SPD-Fraktion	= 2 Sitze
SWG/Sender Gruppe	= 2 Sitze
FDP	= 1 Sitz
Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion	= 0 (Grundmandat)

2. Benennung der Beigeordneten, der Vertreterinnen und Vertreter der Beigeordneten gemäß § 56 NGO

Stadtoberamtsrat Müller verliest den nachfolgenden Vorschlag:

Mitglied:	Vertreter/in	Fraktion / Gruppe
Dankwardt, Angela Bürgermeisterin		
Albers, Jan Edo	Vredenburg, Elke	SPD
Funk, Harry	Huckfeld, Renate	CDU
Harms, Siegfried	Albers, Udo	SWG / Sender
Hartl, Arnulf	1. Ludewig, Enno 2. Lüken, Gerold	FDP
Husemann, Horst Dieter	Reck, Renate	CDU
Janßen, Dieter	Vahlenkamp, Dieter	SPD
Schönbohm, Heiko	Schüdzig, Herbert	SWG / Sender
Zillmer, Dirk	Kaiser, Peter	CDU
Grundmandat: Schwanzar, Bernhard	Glaum, Sabine	Bündnis 90 / Die Grünen

3. Feststellungsbeschluss des Rates über die Sitzverteilung und Ausschussbesetzung gemäß § 56 Abs. 3 i.V.m. § 51 Abs. 5 NGO

Der Rat der Stadt Jever stellt einstimmig die unter Ziffer 1 aufgeführte Sitzverteilung und die unter Ziffer 2 dargestellte Ausschussbesetzung gemäß § 56 Abs. 3 i.V.m. § 51 Abs. 5 NGO für den Verwaltungsausschuss fest.

TOP 10 Neuwahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen / Bürgermeister;

Stadtoberamtsrat Müller führt kurz aus, warum eine Neuwahl der beiden stellvertretenden Bürgermeister erforderlich geworden sei und was hierbei zu beachten sei. **Er** weist darauf hin, dass auf Antrag eines Ratsmitgliedes die geheime Wahl zulässig sei.

TOP 10.1 Wahl der 1. stellvertretenden Bürgermeisterin oder des 1. stellvertretenden Bürgermeisters

Die Ratsvorsitzende bittet sodann um Vorschläge eines Bewerbers für die Wahl zum 1. stellvertretenden Bürgermeister.

Frau Reck schlägt für die CDU-Fraktion Herrn Horst-Dieter Husemann für die Wahl vor. **Herr Werber** schlägt für die FDP-Fraktion Herrn Siegfried Harms vor. **Herr Schönbohm** schließt sich dem Vorschlag von Herr Werber an.

Herr Schwanzar beantragt geheime Wahl.

Als Stimmzählerinnen stellen sich **Frau Bunjes und Frau Huckfeld** zur Verfügung.

Die Ratsmitglieder werden einzeln von **der Ratsvorsitzenden** aufgerufen und erhalten Gelegenheit, geheim zu wählen.

Nach Abschluss des Wahlvorganges ergibt sich folgenden Ergebnis:

Beigeordneter Horst-Dieter Husemann	17 Stimmen
Beigeordneter Siegfried Harms	12 Stimmen
Ungültig	1 Stimme

Auf Anfrage **der Ratsvorsitzenden** erklärt **Herr Husemann**, dass **er** die Wahl annehme.

Die Ratsvorsitzende stellt sodann fest, dass damit der Beigeordnete Horst-Dieter Husemann zum 1. stellvertretenden Bürgermeister für die Dauer der Wahlperiode bis 2011 gewählt ist.

TOP 10.2 Wahl der 2. stellvertretenden Bürgermeisterin oder des 2. stellvertretenden Bürgermeisters

Die Ratsvorsitzende bittet um Vorschläge für die Wahl.

Herr Harms schlägt für die SWG-/Sender-Fraktion Herrn Heiko Schönbohm vor. **Frau Vredenburg** schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Jan Edo Albers vor.

Herr Schwanzar beantragt erneut geheime Wahl.

Die **Ratsfrauen Bunjes und Huckfeld** agieren wieder als Stimmzählerinnen.

Die Ratsmitglieder werden erneut einzeln von **der Ratsvorsitzenden** aufgerufen und erhalten Gelegenheit, geheim zu wählen.

Nach Abschluss des Wahlvorganges ergibt sich folgenden Ergebnis:

Beigeordneter Jan Edo Albers	16 Stimmen
Beigeordneter Heiko Schönbohm	12 Stimmen

Enthaltungen

2 Stimmen

Auf Anfrage der Ratsvorsitzenden erklärt Herr Jan Edo Albers, dass er die Wahl annehme.

Die Ratsvorsitzende stellt sodann fest, dass damit der Beigeordnete Jan Edo Albers zum 2. stellvertretenden Bürgermeister für die Dauer der Wahlperiode bis 2011 gewählt ist.

TOP 11 Ratsausschüsse und Arbeitskreis "Brauerei";
1. Neubenennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern
2. Feststellungsbeschluss über die Ausschussbesetzung nach § 51 Abs. 5 NGO

Stadtoberamtsrat Müller führt aus, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen nicht geändert haben. Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion haben aber für einige Ausschüsse des Rates der Stadt Jever sowie seiner sonstigen Gremien neue Mitglieder und VertreterInnen benannt.

Stadtoberamtsrat Müller schlägt vor, dass er die Neubesetzungen verliest und dann der Feststellungsbeschluss gefasst werde. Diesem Vorschlag wird gefolgt. Er verliest sodann die folgenden Änderungen:

Ausschüsse des Rates:

Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehr

**Frau Elke Vredenburg für Herrn Lars Friedel
(SPD-Fraktion/Vertreterin für Herrn Jan Edo Albers)**

Bau-, Feuerwehr-, Straßen-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Landschaftsausschuss

**Herr Lars Friedel für Herrn Klaus Andersen
(CDU-Fraktion/Mitglied)**

Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften

**Herr Dieter Vahlenkamp für Herrn Lars Friedel
(SPD-Fraktion/Vertreter für Frau Rasenack)**

Werksausschuss

**Herr Dieter Vahlenkamp für Herrn Lars Friedel
(SPD-Fraktion/Vertreter für Frau Rasenack)**

Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie

**Herr Dieter Vahlenkamp für Herrn Lars Friedel
(SPD-Fraktion/Mitglied und stv. Vorsitzender)**

Herr Lars Friedel für Herrn Peter Kaiser

(CDU-Fraktion/Vertreter für Frau Renate Huckfeld)

Sonstige Gremien:

Arbeitskreis Brauerei

Herr Dieter Janßen für Herrn Lars Friedel
(SPD-Fraktion/Vertreter für Herrn Vahlenkamp)

Kuratorium Diakonisches Werk

Herr Dieter Vahlenkamp für Herrn Lars Friedel
(SPD-Fraktion/Mitglied im Kuratorium)

Frau Gertrud Bunjes als Vertreterin für Herrn Dieter Vahlenkamp
(SPD-Fraktion)

Der Rat fasst dann einstimmig den Feststellungsbeschluss gemäß § 51 Abs. 5 NGO über die zuvor von Stadtoberamtsrat Müller verlesenen neuen Ausschussbesetzungen und der Neubesetzung der sonstigen Gremien.

**TOP 12 Bebauungsplan Nr. 93 "Rahrdumer Straße/Südlich der Gotteskammer";
hier: Abwägung nach Auslegung bzw. Behördenbeteiligung nach § 4 II
BauGB und Satzungsbeschluss**

dazu
PlanA Nr. 32 vom 5. August 2009
VA Nr. 55 vom 11. August 2009
Vorlage: BV/951/2009

Stadtamtsrat Röben führt kurz zur Beschlussvorlage aus.

Herr Schönbohm führt aus, dass seine Gruppe bereits mehrere Male ihre Bedenken gegen den Bebauungsplan geäußert habe. Der Bebauungsplan sei unnötig und könne nicht realisiert werden. Die beabsichtigte Trennung der Ortsteile Jever und Rahrdum, wie sie durch den Flächennutzungsplan angedacht sei, werde durch diesen Bebauungsplan nicht erreicht. Der Radweg, wie er einmal geplant war, sei aus naturschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Die aus dem Hut gezaubert Alternative der Radwegführung Richtung Rahrdum sei für seine Fraktion nicht überzeugend. Daher werde seine Gruppe den Bebauungsplan ablehnen.

Frau Vredenburg spricht sich im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich für diesen Bebauungsplan aus. Der Arbeitskreis Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes habe in vielen Sitzung den neuen Flächennutzungsplan entwickelt. Dieser Bebauungsplan sei die logische Fortsetzung aus dem Flächennutzungsplan.

Sodann lässt **die Ratsvorsitzende** über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Rat der Stadt Jever beschließt über die zu diesem Beschluss beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während Auslegung nach § 3 Abs. 2 und förmlicher Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Anregungen und Hinweise.**
- 2. Der Rat der Stadt Jever beschließt den Bebauungsplan Nr. 93 „Rahrdumer Straße/Südlich der Gotteskammer“ nebst Begründung mit Umweltbericht gemäß § 10 BauGB als Satzung.**

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 23 Nein 7

**TOP 13 Bebauungsplan Nr. 66 "Gewerbegebiet nördlich der B 210 neu";
hier: Abwägung nach Auslegung gemäß § 3 II BauGB bzw.
Behördenbeteiligung nach § 4 II BauGB und Satzungsbeschluss**

**dazu
PlanA Nr. 32 vom 5. August 2009
VA Nr. 55 vom 11. August 2009
Vorlage: BV/952/2009**

Stadtamtsrat Röben führt kurz zur Beschlussvorlage aus.

Ohne weitere Wortmeldungen beschließt der Rat über die Beschlussempfehlung.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Rat der Stadt Jever beschließt die diesem Beschluss beigefügten Abwägungsvorschläge zu den während Auslegung nach § 3 Abs. 2 und förmlicher Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Anregungen und Hinweisen.**
- 2. Der Rat der Stadt Jever beschließt den Bebauungsplan Nr. 66 „Gewerbegebiet nördlich der B 210 neu“ nebst Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung.**

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Nein 2 Enthaltung 6

TOP 14 Straßenbenennung Treidelweg

**dazu
BauA Nr. 32 vom 8. Juli 2009
VA Nr. 54 vom 14. Juli 2009
Vorlage: BV/958/2009**

Stadtamtsrat Röben führt zur Beschlussvorlage aus.

Herr Husemann erklärt, dass es ungewöhnlich sei, bei dem jetzigen Planungsstand noch einmal in die Grundsätzlichkeit einzusteigen. Grundsätzlich sei die Umbenennung dieses Straßenzuges in „Treidelweg“ kein Problem, wenn damit nicht der Verlust des historischen Namens „Am Alten Hafen“ verbunden wäre. Es sei zwar ein unbedeutendes Stück, dass den Namen „Am Alten Hafen“ trage, aber die CDU-Fraktion habe nach erneuter Behandlung dieses Themas erkannt, dass man diesem Aspekt in dieser Form nicht gesehen habe. **Er** bekenne freimütig, dass es sich dabei um ein Beratungsdefizit seiner Fraktion handele. Seine Fraktion habe die Bitte an den Rat, da der Umbenennungsbeschluss nicht eile, der Bebauungsplan dort jetzt erst ins Verfahren gehe (Beordnung des Bereiches an der Schlachte und Wegfall der Spange) und über die Bebauung und deren verkehrliche Erschließung noch nicht faktisch entschieden sei, den Punkt zurück zu stellen, bis dieses in 2 bis 3 Monaten entschieden sei. Dann könne man entscheiden, ob man den „Treidelweg“ komplett durch ziehe oder ob man ein Teilstück mit dem Namen „Am Alten Hafen“ belassen solle.

Herr Husemann stellt den Antrag, die Umbenennung zurück zu stellen und sich damit in einigen Monaten wieder zu befassen.

Die Ratsvorsitzende lässt ohne weitere Aussprache über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja 13 Nein 14 Enthaltungen 3

Die Ratsvorsitzende verliert sodann den ursprünglichen Beschlussvorschlag vor und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der bisherige Straßenzug „Am Alten Hafen“, bestehend aus den Parzellen 21/142, 294/24 (teilw.) sowie 297/3 der Flur 3 von Jever, wird in „Treidelweg“ umbenannt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 18 Enthaltung 12

**TOP 15 Sanierung der Schmutz- und Niederschlagswasserkanalisation in der Mitscherlichstraße;
hier: Beschluss über eine entgeltwirksame Maßnahme**

dazu

BauA Nr. 33 vom 29. Juli 2009

VA Nr. 55 vom 11. August 2009

Vorlage: BV/982/2009

Stadtamtsrat Röben verliert den Beschlussvorschlag.

Ohne weitere Aussprache stimmt der Rat ab.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Jever stimmt der Ausführung der von der EWE geplanten Maßnahme „Neubau des Regenwasserkanales in der Mitscherlichstraße“ zu.

Diese Maßnahme ist entgeltwirksam und zum Teil beitragspflichtig.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 16 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008

dazu

FinA Nr. 21 vom 3. August 2009

VA Nr. 55 vom 11. August 2009

Vorlage: BV/966/2009

Verwaltungsangestellter Jones führt zur Beschlussvorlage aus.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Das Jahresabschlussergebnis 2008 einschließlich der Auflistung der gebildeten Haushaltsreste und der Übersicht über den Stand der Rücklagen wird zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 17 2. Nachtragshaushalt 2009

dazu

FinA Nr. 21 vom 3. August 2009

VA Nr. 55 vom 11. August 2009

Vorlage: BV/968/2009

Verwaltungsangestellter Jones stellt fest, dass man es in früheren Jahren bisher noch nie geschafft habe, bis zum August eines Jahres einen Haushalt mit 2 Nachträgen beschlossen zu haben. Der 2. Nachtrag sei dem Konjunkturpaket II geschuldet und beinhalte nicht die im Laufe des Jahres eingetretenen Veränderungen. Diese bleiben dem 3. Nachtragshaushalt vorbehalten, der derzeit vorbereitet werde.

Das strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt betrage unverändert 2.289.000 Euro. Die überwiegenden Veränderungen seien im Vermögenshaushalt vorgenommen worden. Auf der Ausgabenseite sei die Sanierung der Turnhalle der Paul-Sillus-Schule, die Medienausstattung der Grundschulen, die Anschaffung eines neuen Unimogs für den Baubetriebshof, Beitragserstattungen sowie der Zuschuss für den Erwerb der Schlachtmühle eingeplant worden. Auf der Einnahmenseite seien umfangreiche Änderungen vorzunehmen, u.a. die Reduzierung der Fördermittel für das Industriegebiet. Hier habe man eine Anpassung an die bisher im Jahr 2009 erhaltenen Teilbeträge vorgenommen. Die restlichen Beträge werden erst in den nächsten Jahren fließen. Gleichzeitig habe man die Zuwendung nach dem Konjunkturpaket II veranschlagt. Des Weiteren war durch den vorläufigen Abschluss des Haushaltsjahres 2008 eine weitere

Rücklagenentnahme in Höhe von 254.700,00 Euro möglich. Nach all diesen Einplanungen sei ein ungedeckter Betrag in Höhe von 204.800,00 Euro entstanden, für die man eine Kreditaufnahme eingeplant habe. In Anbetracht der veranschlagten Investitionen erfolge die Finanzierung durch das Konjunkturpaket II. Immerhin seien inklusive des 1. Nachtrages Ausgaben in Höhe von 2.188.600,00 Euro enthalten und Einnahmen aus dem Konjunkturpaket in Höhe von 1.089.300,00 Euro; dann erscheine diese Vorgehensweise mit der Kreditaufnahme gerechtfertigt.

Herr Husemann führt aus, dass, wenn bereits nach kurzer Zeit ein 2. Nachtrag folge, dieses ein Hinweis auf eine eingetretene besondere Situation sei. Man habe durch das Konjunkturpaket II eine solche besondere Situation, für die die Verwaltung den Rat sehr schnell flott gemacht habe. Insofern sei dieser 2. Nachtrag das städtische Steuerungsinstrument zur Einplanung der Bundesmittel aus dem Konjunkturpaket II. Die Stadt mache damit ausschließlich gute Sachen, wie z.B. die Medienausstattung der Schulen, die Neuanschaffung des Unimogs und den Zuschuss zum Ankauf der Schlachtmühle. Dieses seien Ausgaben, die sich letztendlich noch nicht defiziterhöhend im Haushalt auswirken. Das strukturelle Defizit in Höhe von 2.300.000,00 Euro sei aber ein Alarmzeichen. Die Wahrheit, wie sich die Haushaltssituation verändere, werde man erst durch den 3. Nachtrag erfahren. Die CDU-Fraktion werde diesem Nachtrag zustimmen.

Herr Schönbohm stellt fest, dass die Veränderung im Vergleich zum 1. Nachtrag relativ gering ausfalle, was durch die Einplanung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II bedingt sei. Seine Gruppe wolle sich diesem auch nicht verweigern, wolle sich aber enthalten. Einige Punkte in dem Nachtrag seien aber mit einem Fragezeichen zu versehen, u.a. der Zuschuss für den Ankauf der Schlachtmühle. Seine Gruppe habe ausdrücklich nichts gegen den Erhalt der Schlachtmühle, da es sich dabei um ein Kulturdenkmal handele. Es gebe hier aber noch ungeklärte Fragen. Bleibe es z.B. bei dem Ankauf der Schlachtmühle an sich oder gehe es auch um das Müllerhaus, da das Anwesen als Gesamtensemble erhaltenswert sei. Es gebe kein Gesamtkonzept für das Anwesen. Zu diesem Thema stehe noch der Grundsatzbeschluss des Rates aus, der noch nachgeholt werden müsste. **Er** wirft die Frage auf, wie es mit den Folgekosten aussehe. Sei der Förderverein, der noch gegründet werden solle, in der Lage, diese Kosten allein zu tragen. Dieses sei alles noch in der Schwebe. Seine Gruppe stehe voll hinter der Sanierung und Erhalt der Schlachtmühle, möchte aber diese Fragen vorher geklärt haben. Daher beantrage **er**, diesen Punkt im Nachtragshaushalt mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Herr Schönbohm spricht dann die Einführung der Doppik an, die verschoben werden solle. Hier sei von der Verwaltung immer gesagt worden, dass es kostengünstiger sei, die Einführung mit anderen Gemeinden gemeinsam durchzuführen durch gemeinsame Schulungen. **Er** fragt, ob dieses nicht mehr gelte und weist darauf hin, dass der Ratsbeschluss in dieser Sache bei einer Verschiebung dann noch aufgehoben werden müsse.

Herr Schönbohm bittet um Auskunft, ob die Entnahme aus der Rücklage, die für den Straßenendausbau des Kleiberringes gebildet worden ist, zulässig sei. **Er** erkundigt sich außerdem, ob die Nachträge Auswirkungen auf das Haushaltskonsolidierungskonzept haben.

Wegen dieser angesprochen Punkte habe seine Gruppe Bedenken und werde sich deswegen der Stimme enthalten.

Frau Vredenburg führt aus, dass durch die Zuweisung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II der 2. Nachtrag erforderlich geworden sei. Aus dem Maßnahmenkatalog, der dem Nachtrag anliege, könne man entnehmen, dass der größte Teil der Investitionen in die Bildungsinfrastruktur gehe. Dieses sei eine Tatsache, die ihre Fraktion sehr begrüße. Die Verbesserung dieser Infrastruktur werde der Stadt Jever über Jahre hinaus zu gute kommen. Davon werden zukünftige Generation noch profitieren

können. Die Stadt Jever werde ihren Eigenanteil an diesen Maßnahmen zum Teil durch Darlehen finanzieren. Da die sanierten Liegenschaften eine erhebliche Verbesserung vor allem im energetischen Bereich erfahren, werde mit größeren Einsparungen bei den Betriebskosten zu rechnen sein. Von daher könne sich die Stadt dieses Darlehen auch leisten. Dieser Nachtrag biete gute Aussichten auf die Zukunft, so dass ihre Fraktion dem 2. Nachtrag zustimmen werde.

Herr Schwanzar rekapituliert, dass man sich als Staat durch das Konjunkturpaket II hoch verschulde und die junge Generation diese Schuldenlast werde tragen müssen. Andererseits könne man sich diese Möglichkeit nicht entgehen lassen, das Angebot der Regierung anzunehmen und das Konjunkturprogramm umzusetzen. Seine Fraktion begeistere in dieser Hinsicht vor allem, dass durch das Konjunkturprogramm sehr viele energetische Maßnahmen gefördert werden. Vor dem Konjunkturprogramm habe seine Fraktion beantragt, beide Turnhallen energetisch zu sanieren. Dieses sei damals verworfen. Als das Konjunkturprogramm dann da war, habe der Kämmerer diese Sanierungsmaßnahmen wieder aufgegriffen. **Er** spricht sich für den Ankauf der Schlachtmühle aus und bringt zum Ausdruck, dass **er** die Gründe der SWG-/Sender-Fraktion nicht nachvollziehen könne. Seine Fraktion werde diesem Nachtrag zustimmen.

Herr Hartl stellt fest, dass das Stimmungsbild positiv für eine Mehrheit für den Beschluss des 2. Nachtragshaushaltes sei. Dieses bedeute, dass die Verwaltung handlungsfähig sei und die Konjunkturgelder auch umsetzen könne in die Pläne, die in den Ausschüssen vorbereitet worden seien. Man habe sich auch mit den Bedenken der SWG-/Sender-Gruppe auseinandergesetzt. Man wisse aus den Sitzungen des zuständigen Ausschusses, dass man den Erwerb nicht alleine tätigt und dass der Kaufpreis sehr günstig war. Wenn die Stadt dieses Kulturgut erhalten wolle, dann müsse sie dieses jetzt tun und nicht in einem halben oder dreiviertel Jahr. Hinsichtlich der Doppik sei man immer bestrebt gewesen, dass diese so schnell wie möglich umgesetzt werde. Hierzu seien auch einige Beschlüsse gefasst worden. Man sei aber im Vorfeld auf Anfrage immer wieder von der Kämmerei darüber informiert worden, dass die Änderungsbeschlüsse bezüglich der Verschiebung der Doppik aus personellen Gründen zu gegebener Zeit beraten werden. Seine Fraktion werde dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Verwaltungsangestellter Jones erklärt zu den Ausführungen von Herrn Schönbohm, dass die Verschiebung der Doppik aus personellen Gründen notwendig und im Finanzausschuss bekannt gegeben worden sei. Die Kämmerei werde noch in diesem Jahr einen Beschluss über die Verschiebung der Doppik vorbereiten. Mehrkosten seien mit der Verschiebung nicht verbunden. Die Stadt Jever nehme an dem Projekt „Doppik Consult“ teil. Im Rahmen dieses Projektes haben sich alle Gemeinden des Landkreises zusammengetan und einige Sachen gemeinsam erarbeitet. Es sei aber auch bei einigen anderen Gemeinden eine Verschiebung der Doppik-Einführung unumgänglich. 4 von den 7 teilnehmenden Gemeinden werden mit Beginn des Jahres 2010 umsteigen und die anderen 3, zu denen auch Jever gehöre, zum 01.01.2011. Mehrkosten werden nicht entstehen, da das Rechenzentrum, die KDO, einen Nachlass von 8.000,00 Euro angeboten habe, wenn die Stadt Jever die Doppik-Einführung um 1 Jahr schiebe. Derzeit wollen sehr viele Gemeinde umstellen, so dass dort eine Engpass auftrete. Zur Rücklage Kleiberring teilt **VA Jones** mit, dass diese Rücklage bereits im Jahr 2008 als vorläufige Deckung in Anspruch genommen worden sei. Die Stadt habe aufgrund des erfreulichen Ergebnisses im Vermögenshaushalt 2008 diese Rücklagenentnahme nicht vorgenommen und das Geld dort belassen. Mit dem 2. Nachtrag werde diese entnommen, da es unwirtschaftlich wäre, die Kreditaufnahme zu erhöhen und das Geld auf dem Sparbuch – nichts anderes sei die Rücklage - zu belassen. Man nehme die Rücklagenmittel in Anspruch zur Finanzierung anderer Maßnahmen. Soweit dann der

Ausbau des Kleiberringes anstehe, müsse man sich über die Finanzierung Gedanken machen und nötigenfalls dann einen Kredit aufnehmen.

Herr Schönbohm weist den Ausdruck Bedenkenträger, den Herr Schwanzar verwendet hatte, zurück. Seine Gruppe sei grundsätzlich für den Erhalt nicht nur der Mühle sondern des ganzen Ensembles. Es gehe darum, darüber nachzudenken, nicht nur Stückwerk zu machen, sondern das gesamte Ensemble zu sichern und auch die Frage der Kosten für die Zukunft müsse geklärt sein. Es gehe seiner Gruppe nicht darum, etwas zu verhindern, sondern um den Erhalt des Gesamtensembles.

Herr Schönbohm beantragt einen Sperrvermerk für den Punkt Zuschuss Schlachtmühle. Darüber lässt **die Ratsvorsitzende** abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 6 Nein 24

Sodann verliert **die Ratsvorsitzende** den ursprünglichen Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf vorliegende 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2009 wird als Satzung beschlossen.

Die Fortschreibung des Investitionsprogrammes wird beschlossen.

Die Fortschreibung des Finanzplanes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 23 Enthaltung 7

TOP 18 Über- und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 89 NGO im Haushaltsjahr 2008

dazu

FinA Nr. 21 vom 3. August 2009

VA Nr. 55 vom 11. August 2009

Vorlage: BV/961/2009

Verwaltungsangestellter Jones führt kurz zur Beschlussvorlage aus.

Beschlussvorschlag:

Der Rat wird hiermit gem. § 89 NGO von den im Zeitraum 01.01.2008 bis 31.12.2008 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 unterrichtet.

Zur Kenntnis genommen

TOP 19 Über- und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 89 NGO im Haushaltsjahr 2009

dazu
FinA Nr. 21 vom 3. August 2009
VA Nr. 55 vom 11. August 2009
Vorlage: BV/962/2009

Verwaltungsangestellter Jones führt zur Beschlussvorlage aus.

Der Rat wird hiermit gem. § 89 NGO von den im Zeitraum vom 01.01.2009 bis 30.06.2009 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben unterrichtet.

Zur Kenntnis genommen

TOP 20 Erstattungszinsen; hier: Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 89 NGO

dazu
FinA Nr. 21 vom 3. August 2009
VA Nr. 55 vom 11. August 2009
Vorlage: BV/969/2009

Verwaltungsangestellter Jones führt zur Beschlussvorlage aus.

Die Ratsvorsitzende verliest die Beschlussempfehlung und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von bis zu 20.000,00 € für die Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen wird zugestimmt. Die Deckung wird gewährleistet durch Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 20.1 Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung); Satzungsänderung

dazu
VA Nr. 55 vom 11. August 2009
Vorlage: BV/999/2009

Verwaltungsangestellter Jones führt zur Beschlussvorlage aus und erläutert den Sachverhalt.

Nach Verlesung der Beschlussempfehlung durch **die Ratsvorsitzende** beschließt der Rat ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf vorliegende 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 13.11.2008, zuletzt geändert am 11.12.2008, wird als Satzung beschlossen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 21 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung

Die Ratsvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:18 Uhr.

Genehmigt:

Margot Lorentzen
Vorsitzende

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Uwe Hagedstedt
Protokollführer